

Das Programm der SPD für die Einbecker Stadtratswahl am 20. Januar 2013

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

am 1. Januar 2013 wird die Gemeinde Kreiensen mit der Stadt Einbeck zur flächenmäßig größten Stadt in Südniedersachsen fusionieren. Auf einer Fläche von 231 qkm leben rund 34.000 Menschen in 46 Ortsteilen. Nicht nur für die Kommunalpolitik wird es eine große Aufgabe sein, in den nächsten Jahren zusammenzuwachsen. Wir Sozialdemokraten haben den Schritt bereits am 01. Oktober 2012 vollzogen und einen gemeinsamen Ortsverein gegründet.

Diese in Niedersachsen bisher einzigartige Fusion eines Grundzentrums mit einem Mittelzentrum konnte **nur** durch die sehr gute Arbeit der beiden Verwaltungen unter der Leitung der Bürgermeister **Ronny Rode (SPD)** und **Ulrich Minkner (SPD)** durchgeführt werden.

Wir freuen uns auf unsere zukünftigen Aufgaben! Wie wir uns die Zukunft der "neuen" Stadt Einbeck vorstellen, können Sie auf den folgenden Seiten lesen. Gerne nehmen wir auch Ihre Anregungen auf; sprechen Sie uns einfach an. Über Ihr Vertrauen am 20. Januar 2013 würden wir uns sehr freuen!

Herzliche Grüße, Ihr

Marcus Seidel

Vorsitzender SPD Ortsverein Einbeck

Dafür setzen wir uns ein!

- Gemeindefinanzen - Der Zukunftsvertrag, ein Weg aus der Krise
- Unsere Stadt gemeinsam gestalten – anstatt verwalten
- Perspektiven für unsere Stadt entwickeln – Innen und Außen
- Tradition und Zukunft
- Investitionen in Kinderbetreuung und Familien sind Zukunftsinvestitionen
- Breites Bildungsangebot – Chancen für unsere Kinder
- Jugend braucht Perspektive
- Sport ist wichtig - Angebote müssen erhalten werden
- Ehrenamt - eine Stütze unseres Gemeinwesens
- Solidarität zwischen den Generationen stärken
- Integration und faire Chancen
- Kultur und Tourismus – Wertsteigerung unserer Stadt
- Unsere lebenswerte Umwelt erhalten
- Wer hilft wenn es brennt - Die Feuerwehr
- Sicherung der Daseinsvorsorge durch kommunale Betriebe
- Infrastruktur – sozial und technisch ist sinnvoll und nötig
- Energiewende -380kV-Leitung in HGÜ

Gemeindefinanzen - Der Zukunftsvertrag, ein Weg aus der Krise

Die weltweite Wirtschaftskrise hat auch die Städte und Gemeinden erreicht. Stark sinkende Gewerbesteuererinnahmen haben in der Vergangenheit das Haushaltsdefizit weiter verschärft, das im Wesentlichen durch die falsche Finanzierung der Deutschen Einheit und die Belastung der Kommunen mit den Folgen der hohen Arbeitslosigkeit entstanden ist. Darüber hinaus hat das Land dem kommunalen Finanzausgleich weitere Mittel entzogen.

Hinzu kommt, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer immer wieder großen Schwankungen unterliegen und damit letztlich nicht planbar sind. Die Einbecker SPD unterstützt daher alle Anstrengungen für eine kommunale Finanzreform, die Planungssicherheit ermöglicht.

Eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ist für uns deshalb so wichtig, weil sie uns Freiräume ermöglicht, sozialdemokratische Politik zu gestalten. Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der SPD, leiten unsere Ziele. Wir wollen Strukturen erhalten und ausbauen, mit denen allen Menschen in der Stadt die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht wird – und mit denen es ein reichhaltiges kulturelles, soziales, sportliches Leben in der Stadt gibt.

Wir streben in dieser Wahlperiode den Haushaltsausgleich und den Beginn eines nachhaltigen Schuldenabbaus an. Durch die Fusion mit der Gemeinde Kreiensen und dem beschlossenen Zukunftsvertrag wird die neue Kommune von einer deutlichen Entschuldungshilfe und jährlich höheren Finanzzuweisungen profitieren.

Den Ankauf des Neuen Rathauses halten wir bei dem entsprechend niedrigem Zinsniveau für eine wirtschaftlich sinnvolle Investition in die Zukunft.

Unsere neue Stadt gemeinsam gestalten – anstatt verwalten

Für uns sind die Menschen nicht nur Bürgerinnen und Bürger, wenn es um die Kommunalwahl geht. Wir wollen gemeinsam mit ihnen unsere Stadt gestalten. Gerade bei wichtigen Entscheidungen müssen die Betroffenen rechtzeitig und umfassend die Möglichkeit zur Mitwirkung und Mitgestaltung haben. Deshalb wollen wir alle Instrumente, die uns insbesondere das neue Kommunalverfassungsrecht gibt im Sinne einer transparenten Kommunalpolitik einsetzen. Im Internet sind Informationen, Beschlussvorlagen und Protokolle über alle öffentlichen Gremiensitzungen verfügbar und geben Interessierten die nötigen Grundlagen, um sich aktiv an der Kommunalpolitik zu beteiligen. Einwohnerfragen in den Sitzungen werden flexibler und umfassender gehandhabt. Für uns ist auch die Digitalisierung der Stadtratsarbeit erstrebenswert.

Wir müssen kreativ an Lösungen arbeiten, um bei wichtigen Projekten zu einer stärkeren Bürgerbeteiligung zu kommen. Anhörungen und ggf. auch Befragungen können dazu ein probates Mittel sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen zusätzlich zu den gesetzlichen Vorschriften über die öffentliche Auslegung von Plänen ihre Interessen vertreten und Anregungen und Bedenken vortragen können.

Das neue niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz hat zum Ziel, ehrenamtliche Mitwirkung auch in den politischen Entscheidungsgremien zu stärken, unter anderem durch mehr Befugnisse der Ortsräte als unmittelbares demokratisches Gremium. Ortsräte und

Ortsvorsteher müssen für ihre erfolgreiche und engagierte Arbeit mit bürgernahen Entscheidungskompetenzen und angemessenen finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Da, wo es keine Vertretung der Bürgerinnen und Bürger durch einen Ortsrat gibt, wie z.B. in der Einbecker Kernstadt, setzen wir uns für seine Einführung ein. Dieses gilt insbesondere bei einem immer größer werdenden Stadtgebiet. Der auf unsere Initiative neu installierte Ausschuss für Kernstadtfragen ist ein erster Schritt. Wir sind bereit, aus den Erfahrungen der Gemeinde Kreiensen zu lernen und werden uns weiterhin für die Einführung eines Ortsrates für die Kernstadt einsetzen.

Perspektiven für unsere Stadt entwickeln – Innen und Außen

Einbeck ist eine wunderschöne Stadt mit viel Grün und ländlichem Charakter seiner Ortschaften. Die Entwicklung der Stadt in allen Bereichen ist uns besonders wichtig.

Wir freuen uns, dass alteingesessene Unternehmen in unserem Stadtgebiet ihre Betriebe erweitern und verschiedene neue Investoren hier ihren Wirtschaftsstandort entdeckt haben. Dabei geht es uns nicht nur um die Nachnutzung von Industriebrachen, wie z.B. das ehemalige Posergelände oder die Flächen an der Grimsehlstraße. Die SPD sieht in den Vorhaben Chancen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und Belebung, sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für uns sind auch der „Schwedenblock“ an der "Langen Brücke" am Möncheplatz und der Neustädter Kirchplatz weiterhin zentrale Areale, die bei geeigneter Nutzung eine Magnetfunktion für die gesamte Stadt ausüben können. Erfolgreich können solche Ansiedlungen nur sein, wenn sie eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Bürgerinnen und Bürger müssen daher in die Entwicklung eingebunden werden.

Die SPD begrüßt das zunehmende Engagement der Unternehmen zur Stärkung unserer Stadt. Der fast abgeschlossene Masterplan kann die Grundlage für neue aussichtsreiche Initiativen sein. Neben rein ökonomischen Ansätzen müssen für uns auch soziale Aspekte berücksichtigt werden. Mit Einbeck Marketing ist eine wichtige Verbindung zwischen Initiativen aus Handel und Wirtschaft einerseits und Politik und Verwaltung andererseits geschaffen worden.

Die Wirtschaftsförderung, Bestandspflege und Ansiedlungsmanagement sehen wir in der Stadtverwaltung in guten Händen. Dort muss die Kompetenz gestärkt sowie die Prozesse weiter beschleunigt werden, um für Unternehmen zeitnahe und verlässliche Grundlagen für Investitionsentscheidungen zu schaffen.

Tradition und Zukunft

Unser gesamtes Stadtgebiet blickt an vielen Stellen auf eine jahrhundertalte Geschichte zurück. Dies bedeutet Verantwortung zu übernehmen und an deren Erhalt und Perspektiven zu arbeiten. Besonders für die historische Altstadt der Kernstadt und die Innenstadtentwicklung ist dies eine wichtige Aufgabe. Zusammen mit Zuschüssen von Land und Bund und verantwortungsvollen Beiträgen aus dem Budget der Stadt wollen wir mit den Eigentümern und Investoren die historische Bausubstanz zukunftsfähig machen. Dabei streben wir auch einen angemessenen Ausgleich zwischen Denkmalschutz und dem Interesse der Eigentümer und Nutzern an. Leben in der Innenstadt muss attraktiver werden, was zum Beispiel auch die Sauberkeit unserer Stadt beinhaltet.

Investitionen in Kinderbetreuung und Familien sind Zukunftsinvestitionen

Unser jahrzehntelange Einsatz für eine qualitativ hochwertige und zeitgemäße Kinderbetreuung hat sich gelohnt. Die ersten Krippen im Stadtgebiet wurden von uns eingerichtet. Wir geben uns damit aber nicht zufrieden. Die Bedürfnisse der Eltern und Alleinerziehenden, Familie, Beruf und auch Pflege besser miteinander zu vereinbaren, müssen ernst genommen werden. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Lokalen Bündnis für Familie und anderen Beteiligten Maßnahmen fördern, mit denen das Lebensumfeld in Einbeck für Familien noch attraktiver gestaltet werden kann. Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben ist das Vorhandensein bezahlbarer, qualitativ hochwertiger und flexibler Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in der Kernstadt und den Dörfern.

Die SPD bekennt sich zur Unterstützung der Eltern und Alleinerziehenden und setzt sich für ein bedarfsgerechtes und inhaltlich aktuelles Angebot von Kinderbetreuungsplätzen sowohl in den Krippen als auch in den Kindertagesstätten sowie bei der Betreuung von Schulkindern ein. Neben dem frühkindlichen Bildungsauftrag leisten die Beschäftigten in den Kindertagesstätten und die Tagespflegepersonen in Kooperation mit anderen zuständigen Stellen einen wichtigen Beitrag zur Erkennung von Entwicklungsstörungen. Deshalb liegen uns ihre Qualifikation und angemessene Arbeitsbedingungen besonders am Herzen. Ebenso wollen wir das Familienservicebüro erhalten.

Kinderbetreuung als Auftrag der öffentlichen Daseinsvorsorge stellt die Verantwortlichen vor immer neue Herausforderungen. Ihnen werden wir uns trotz des großen finanziellen Drucks stellen.

Breites Bildungsangebot – Chancen für unsere Kinder

Eine gute Schul- und eine zukunftsfeste Berufsausbildung der Kinder und Jugendlichen hat für uns Sozialdemokraten größte Priorität. Eine zukunftsorientierte Schulentwicklungsplanung unter Beteiligung von Eltern- und Lehrervertretern werden wir auch zukünftig weiter fortsetzen.

Wir teilen ausdrücklich den Wunsch nach einem möglichst langen gemeinsamen, wohnortnahen Lernen. Wir schätzen die Vielfalt und die große Motivation von Erziehungsberechtigten und Lehrern vor Ort und streben den Erhalt der Grundschulstandorte in den Ortschaften an, solange nachhaltig die Einzügigkeit gewährleistet ist.

Gemeinsam mit den Initiativen vor Ort werden wir alles tun, damit der Elternwille für eine Integrierte Gesamtschule in Einbeck umgesetzt werden kann. Darüber hinaus setzen wir uns mit unseren Vertretern im Kreistag dafür ein, dass auch nach der Abgabe der Schulträgerschaft für die weiterbildenden Schulen an den Landkreis die Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort auch künftig erhalten bleibt und unser Schulstandort weiterentwickelt wird.

Der Erhalt des Schulzentrums Greene hat für die Menschen in der ehemaligen Gemeinde Kreiensen eine große Bedeutung, die über den normalen Schulbetrieb hinausgeht. Die Schwimmhalle und die Sportanlagen werden von den Vereinen, Kindergärten und anderen Schulen stark genutzt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Einrichtung erhalten bleibt. Gleiches gilt für den Schulstandort Drüber.

Ganztagsunterricht trägt zur Chancengleichheit und Familienfreundlichkeit durch verlässliche Betreuung bei. Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung durch Mittelkürzungen die pädagogischen Rahmenbedingungen für einen vollwertigen Ganztagsbetrieb eingeschränkt.

Ganztagsschulen sind für uns wichtige Bestandteile familienfreundlicher Politik.

Die SPD steht klar zur UN-Konvention und zur Einführung der inklusiven Schule. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen gemeinsam mit allen anderen Kindern lernen können. Für die Kommunen bedeutet dieses allerdings eine große Herausforderung. Mangels konkreter Aussagen durch die CDU-FDP Landesregierung sind die Auswirkungen noch nicht absehbar. Wir erwarten von einer neuen Landesregierung zusätzliche Lehrkräfte und finanzielle Unterstützung.

Jugend braucht Perspektive

Unsere vorhandenen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit werden wir weiter fördern. Damit wollen wir den vielen Vereinen, Verbänden und Initiativen unseren Respekt für ihr inhaltlich breit gefächertes Angebot zollen. Sie können sich auch weiterhin auf unsere Unterstützung verlassen. Unantastbar sind für uns auch die städtischen Strukturen offener Kinder und Jugendarbeit wie das Haus der Jugend und die Stadtjugendpfleger in Einbeck und Kreiensen. Die vorhandenen Spielplätze wollen wir attraktiver gestalten (z.B. Natur- und Abenteuerspielplatz). Die Jugendlichen müssen stärker in das politische Handeln eingebunden werden. Wir sehen in einem Jugendforum gute Möglichkeiten, junge Menschen zur Mitarbeit zu gewinnen.

Da immer mehr Jugendliche dezentral in kleineren Gruppen ihre Freizeit gestalten, stellen wir uns vor, dass sie durch die Angebote des Hauses der Jugend und freier Träger im Sinne einer flexiblen Straßensozialarbeit begleitet werden. Wir unterstützen den Stadtjugendring und setzen uns für den Erhalt des Freizeitgeländes in Rotenkirchen ein.

Die Neustrukturierung des Hauses der Jugend bietet eine große Chance, für alle Jugendlichen unserer Stadt eine Anlaufstelle mit unterschiedlichen Bedürfnissen zu schaffen. Dazu gehört auch die seit Jahren geforderte und von uns immer unterstützte multifunktionelle Event- und Funsporthalle, die in erster Linie den Jugendlichen in der Region als Sportstätte, Kulturzentrum und Konzerthalle, aber auch den Vereinen und Verbänden als Veranstaltungszentrum dienen soll. Die Realisierung sollte gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt werden.

Jugend braucht eine Perspektive. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass sowohl unsere Stadtverwaltung, als auch unsere kommunalen Betriebe eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen werden.

Sport ist wichtig - Angebote müssen erhalten werden

Wir wissen um die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements vieler Menschen in Vereinen, Verbänden, Institutionen und in der Feuerwehr. Solide Haushaltspolitik heißt deshalb auch: Sicherung der nachhaltigen Förderung von Vereinen und Initiativen, damit Menschen weiterhin Möglichkeiten haben, durch ehrenamtliches Engagement selbst bestimmte Beiträge für den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt einzubringen.

Vereine, die Sportstätten von Seiten der Stadt übernommen haben müssen sich auf eine verlässliche finanzielle Unterstützung durch die Stadt verlassen können. Dabei ist es wichtig, dass die Sportstätten unter Beteiligung aller Partner bedarfsgerecht und optimal zugänglich gemacht werden. Die Sportstätten müssen in baulicher, energetischer und funktionaler Hinsicht den heutigen Anforderungen der Bevölkerung gerecht werden.

Wir stehen für den Sport als eine der zentralen Stützen des Miteinanders in unserer Gesellschaft, der ein wesentlicher Bestandteil der Gesunderhaltung sowie der Persönlichkeitsentwicklung ist. Hierbei wollen wir, dass die Kommune den Breiten-, Gesundheits- und Leistungssport gleichermaßen unterstützt. Ein breites sportliches Angebot und die Ausrichtung regionaler und überregionaler Sportveranstaltungen steigern die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Attraktivität unserer Stadt. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf Angebote im Kinder- und Seniorensport legen.

Eine Weiterentwicklung von Radwegen hat sowohl sportliche, touristische als auch verkehrspolitische und gesundheitliche Bedeutung.

Ehrenamt eine Stütze unseres Gemeinwesens

In Einbeck und Kreiensen können wir stolz sein auf die Vielzahl von Vereinen, Initiativen und Gruppen, die sich in zahlreichen Feldern ehrenamtlich engagieren. Ihr Engagement ist auch und besonders in finanziell schwierigen Zeiten zu unterstützen und zu fördern. Sparen auf dem Rücken unserer zahlreichen Vereine kommt für uns nicht in Frage. Nur mit Hilfe des Ehrenamtes wird es ein Zusammenwachsen beider Gemeinden geben können.

Auch und gerade in der momentan schwierigen Finanzsituation der Kommunen darf bei ehrenamtlich Aktiven nicht der Eindruck entstehen, sie müssten alle Leistungen und Angebote, zu denen die Stadt nicht mehr in der Lage ist, durch ihre Arbeit auffangen. Vielmehr muss die Kommunalpolitik in jedem Fall prüfen und entscheiden, ob und wie das Arbeiten und die Interessen der Ehrenamtlichen berücksichtigt und im Interesse aller gefördert werden kann. Das Ehrenamt muss den Stellenwert erfahren, der ihm zukommt.

Wir identifizieren uns mit den Aufgaben, die sich die Kirchengemeinden in der Region insbesondere zum Thema Nächstenliebe gestellt haben. Gern werden wir nach besten Kräften die Werke und Initiativen dieser Einrichtungen unterstützen.

Solidarität zwischen den Generationen stärken

Der demografische Wandel stellt Gesetzgeber, Kommunen, Wohlfahrtseinrichtungen und Wirtschaft vor neue Aufgaben. Er wird zahlreiche Handlungsfelder verändern, von der Kinderbetreuung bis zur Altenhilfe. Die strategischen Planungen der Stadt müssen diesen Veränderungen im Generationenverhältnis Rechnung tragen. Veränderte Familienstrukturen, verändertes Freizeitverhalten, sich wandelnde Ansprüche, Veränderungen in der Arbeitswelt und im Verlauf der Lebensarbeitszeit sind Faktoren, die stärker berücksichtigt werden müssen. Wir werden darauf achten, dass die sich wandelnden Bedürfnisse bei den Planungen berücksichtigt werden.

Der auf Initiative der SPD eingerichtete Seniorenrat wird bei seinen Aktivitäten, z.B. bei der Weiterentwicklung und Erhaltung des „Gartens der Generationen“, weiterhin unterstützt. Der öffentliche Raum, insbesondere in der Fußgängerzone, muss senioren- und behindertengerecht und damit barrierefrei gestaltet werden.

Die Seniorenbetreuung bei uns soll auf dem hohen Standard erhalten bleiben. Darüber hinaus werden Initiativen unterstützt, die das Zusammenleben von Jung und Alt ermöglichen. Das im letzten Jahr eingerichtete Seniorenservicebüro und der Pflegestützpunkt des Landkreises können hierbei wertvolle Unterstützung z.B. durch Netzwerke und Informationen leisten.

Integration und faire Chancen

Unser Land und selbstverständlich auch unsere Stadt sind angesichts des Bevölkerungsrückganges und des schon jetzt vorhandenen Fachkräftemangels dringend auf Zuwanderung angewiesen. Deshalb wollen wir die aktive Teilhabe von Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen fördern. Zur Unterstützung der vielfältigen Integrationsarbeit der freien Träger, Vereine und Initiativen sowie in Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungsbetrieben setzen wir uns dafür ein, dass bei uns auch weiterhin qualifizierte Hilfe geleistet werden kann. Es sollte eine Anlaufstelle für Menschen geben, die bei uns Hilfe suchen. Auch Initiativen wie das Stadtteilprojekt MOBILo des Lokalen Bündnisses für Familie werden wir weiter unterstützen.

Der Schlüssel zur Integration ist die Bildung. Zugang zu Bildung ist nur über die Sprache möglich. Wir unterstützen deshalb alle Ideen und Initiativen zur Sprachförderung insbesondere junger Menschen mit Migrationshintergrund.

Zur Sicherung des Friedens in Europa und zur Fortentwicklung der europäischen Integration wollen wir auch die Städtepartnerschaften und Austauschprogramme finanziell, ideell und personell unterstützen und natürlich auch die neue Partnerstadt Wieselburg einbeziehen.

Kultur und Tourismus – Wertsteigerung unserer Stadt

Die Touristinformation, der Kulturring, die Stadtbibliothek sowie das StadtMuseum mit Radhaus gehören für uns zu den wichtigen Säulen einer touristisch und kulturell attraktiven Stadt. Um Einbeck auch zukünftig als attraktives touristisches Ziel vermarkten zu können, unterstützen wir jegliche Kooperation der vorgenannten Einrichtungen sowie deren Vernetzung untereinander. Wo es möglich und sinnvoll erscheint, sollte sich die Stadt anderen handelnden Akteuren öffnen und deren Wirken positiv begleiten. Dieses gilt insbesondere auch für die vielfältigen kulturellen und touristischen Aktivitäten und Sehenswürdigkeiten in unseren Ortsteilen.

Die Stadtbibliothek ist mit einer Gebührenstruktur auszustatten, die neue Nutzer anzieht und bestehende Leser an die Einrichtung bindet. Unabhängig vom Standort streben wir an, die Stadtbibliothek und mit ihr ein umfangreiches niederschwelliges Bildungsangebot dauerhaft vorzuhalten.

Das StadtMuseum mit Radhaus gehört zu den musealen Aushängeschildern Südniedersachsens. Durch die Fassadensanierung in diesem Jahr wurde das äußere Erscheinungsbild dem erlebnisreichen Inhalt des Hauses angepasst und unterstützt dauerhaft die ansprechende Präsentation im Innern des Hauses. Durch den neu entstehenden PS-Speicher ergeben sich für Einbeck neue Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten. Wir werden dieses Projekt positiv begleiten und unterstützen.

Unsere lebenswerte Umwelt erhalten

Sozialdemokratische Kommunalpolitik sieht sich in der Verantwortung, für kommende Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten. Dazu gehört auch der Schutz des Stadtwaldes mit seinem einmaligen Baumbestand. Der unter dem Begriff „Märchenwald“ abgegrenzte Bereich wird zukünftig nicht mehr wirtschaftlich genutzt und hat dadurch die Möglichkeit, sich natürlich weiterzuentwickeln.

Wir unterstützen weiter alle Bemühungen unserer Stadtwerke, erneuerbare Energien und energiesparende Maßnahmen zu fördern und umzusetzen. Dazu zählt auch eine umfassende Energieberatung von Haushalten und Unternehmen. Städtische Liegenschaften sind energiesparend umgerüstet und auf Ökostrom umgestellt worden.

Der Hochwasserschutz genießt in der SPD einen hohen Stellenwert. Die SPD unterstützt Maßnahmen für einen nachhaltigen Hochwasserschutz im Rahmen eines Gesamtkonzeptes. Darüber hinaus unterstützen wir vorsorgende Maßnahmen der Bewohner in den betroffenen Gebieten, um Folgeschäden zu begrenzen oder ganz zu vermeiden.

Wer hilft wenn es brennt - Die Feuerwehr

Nicht nur wenn es brennt ist die Feuerwehr die erste Adresse für kompetente Hilfe in Notlagen. Feuerwehr ist aber mehr als das. In weiten Teilen des Stadtgebietes insbesondere in den kleinen Ortschaften ist Feuerwehr auch ein wichtiger Faktor der Dorfgemeinschaft, Kinder- und Jugendfeuerwehr sind ein bedeutender Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit.

Mit der Anschaffung einer neuen Drehleiter für die Ortsfeuerwehr Einbeck, der Fortschreibung der Fahrzeugneubeschaffungen, sowie der erforderlichen Umbau- und Baumaßnahmen wollen wir Sozialdemokraten die Einbecker Feuerwehren unterstützen und einsatzfähig erhalten. Der Zusammenschluss von Kreiensen und Einbeck stellt die Feuerwehr vor neue Herausforderungen. Wir Sozialdemokraten wollen dieses Zusammenwachsen aktiv unterstützen.

Daseinsvorsorge und kommunale Betriebe

Die Kommunen haben dafür Sorge zu tragen, dass die Menschen ausreichend und preisgünstig mit allen Gütern versorgt werden, die zur "Daseinsvorsorge" gezählt werden: Energie, Wasser, Straßen, Öffentlicher Nahverkehr, Wohnungen und soziale Dienstleistungen. Die Stadtwerke, die Einbecker Wohnungsbaugesellschaft, die Ilmebahn, die Sparkasse Einbeck, der Eigenbetrieb Abwasser und der Kommunale Bauhof sollen als städtische Gesellschaften oder städtische Eigenbetriebe in eigener Hand und Verantwortung verbleiben. Während woanders die kommunalen Gesellschaften für schnelles Geld an Private verkauft werden, wollen wir in Einbeck die Entscheidungshoheit über die kommunalen Dienstleister behalten und unsere Betriebe stärken.

Die Auseinandersetzungen um erneuerbare Energien, wie sie im Herbst 2010 neu aufgeflammt sind, haben die Bedeutung regionaler Stromversorger in Kontrolle der Stadt- und Gemeindeparlamente deutlich gemacht. Wir sind dabei auf einem besonders guten Weg. Die Stadtwerke sind führend bei der Produktion erneuerbarer Energien und werden von uns unterstützt. Auch im Bereich des Wohnungsbaus hat die Stadt mit der kommunalen Einbecker Wohnungsbaugesellschaft (EWG) ein Instrument, um Baumaßnahmen und Wohnungsbauprojekte voranzubringen.

Insgesamt gilt für die SPD: Privatisierungen kommunaler Leistungen sind mit uns nicht zu machen. Begründete Einzelfälle müssen genau geprüft werden. Wir wollen, dass die Menschen über die Kommunalparlamente mitentscheiden können, welchen Zielen und Zwecken die Energieerzeugung, Abwasserentsorgung, Wasserversorgung, Nahverkehr und vieles andere mehr dienen soll.

Infrastruktur – sozial und technisch ist sinnvoll und nötig

Die vorhandene Infrastruktur in öffentlichen und privaten Anlagen und Einrichtungen der Stadt, z. B. das Verkehrs- und Kommunikationswesen, die Energie- und Wasserversorgung, Wasserentsorgung, sowie kulturelle, medizinische und Bildungseinrichtungen werden wir einem Mittelzentrum entsprechend erhalten, sinnvoll ausbauen und weiterentwickeln. Besonderes Augenmerk werden wir auf Zukunftstechnologien legen, damit unsere Stadt wettbewerbsfähig bleibt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt wird hierbei eine entscheidende Rolle spielen.

Wir können uns unsere Stadt ohne Krankenhaus nicht vorstellen und werden alles tun, den Erhalt zu sichern. Die nötigen Beschlüsse dazu sind bereits auf den Weg gebracht, die Prognosen sind positiv. Unsere Unterstützung des Hauses und der Mitarbeiter sagen wir hiermit ausdrücklich zu und fordern ebenso eine Unterstützung durch das Land Niedersachsen.

Den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Verbindungen der Ortsteile zur Kernstadt per Bus sowie den Stadtbusverkehr, werden wir im Einvernehmen mit dem Verkehrsverbund Südniedersachsen insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel nicht nur erhalten, sondern auch sinnvoll erweitern. Der Verbindung Kreiensen / Einbeck kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Der Zentrale Busbahnhof Einbeck muss den technischen Anforderungen angepasst und neu gestaltet werden. Darüber hinaus müssen die Bushaltestellen im Stadtgebiet überprüft und ggf. verbessert werden. Einer möglichen Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Salzderhelden - Einbeck/Mitte stehen wir positiv gegenüber.

Zu einer funktionierenden Infrastruktur gehören auch schnelle Internetverbindungen. Gerade die neue Stadt Einbeck mit ihren vielen Ortsteilen steht hierbei vor einer großen Herausforderung. Ziel muss sein, dass in allen Ortsteilen Internet mit akzeptablen Übertragungsraten verfügbar ist. Neue Techniken wie z.B. Glasfaser müssen verstärkt eingesetzt werden.

Energiewende - 380kV Leitungen in Hochgeschwindigkeitstechnik

Die SPD unterstützt die Forderungen –keine 380kV Leitungen über unseren Köpfen- und setzt sich ganz intensiv dafür ein. Wir unterstützen weiter ganz entschieden die örtlichen Aktivitäten, den Verein Bürger PRO ERDKABEL Harzvorland e.V., und die „Bürgerinitiative Auf dem Berge-keine Riesenmasten Pro Erdkabel“, für eine Erdverkabelung in zukunftsfähiger Höchstspannungsgleichstromübertragungs (HGÜ) Technik! Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass alle rechtlichen Möglichkeiten für eine Erdverkabelung ausgeschöpft werden.

Wir sehen die CDU/FDP- Bundes- und Landesregierung in der Pflicht, endlich im Sinne der Bürger die notwendigen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Verteilung und Übertragung. Das Konzept dafür hängt vor allem vom Energiemix der Zukunft ab.

Niedersachsen wird wegen der steigenden Zahl von On- und Off-Shore - Windkraftanlagen voraussichtlich eines der am stärksten vom Netzausbau betroffenen Bundesländer sein.

Dieser Ausbau kann nur transparent und mit den betroffenen Menschen gemeinsam erfolgen.

Es muss die Regel werden, dass Hochspannungsleitungen – wie bereits im Niederspannungsbereich – landschafts- und umweltschonend sowie gesundheitsverträglich als Erdkabel verlegt werden. Dabei liegt die Priorität auf energiesparenden und gesundheitlich unbedenklichen Techniken wie der Höchstspannungsgleichstromübertragung (HGÜ).

Der Netzausbau dient zu einem großen Teil der Versorgung anderer Bundesländer. Die SPD geht davon aus, dass auch dort die erneuerbaren Energien als Beitrag zu einer dezentralen Energieproduktion ausgebaut werden. Sie erwartet, dass sich insbesondere Bundesländer mit Verbrauchsschwerpunkten an den Folgekosten für einen umweltverträglichen Stromtransport beteiligen.

Viele gute Gründe, die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zu wählen